

SÜDAFRIKA

Parade der Jungfrauen

Reden will er nicht darüber, aber die Teilnahme war Präsident Jacob Zuma, 68, doch eine Herzenssache. Als Ehrengast hatte das Staatsoberhaupt vorletztes Wochenende in Nongoma dem „Reed Dance“ zugeschaut, dem „Schilftanz“ von über 25 000 barbusigen Mädchen und jungen Frauen am Hofe des Königs von Zululand. Das Spektakel ist höchst umstritten, weil die Frauen aufgefordert sind, sich vor der Teilnahme ihre Jungfräulichkeit bestätigen zu lassen. Die Verfechter des Ritus behaupten, der Test beuge allzu frühem Sex, Krankheiten und sogar Vergewaltigungen vor.

Auch Zuma, der bald zum sechsten Mal heiraten will und demnächst mutmaßlich zum 22. Mal Vater wird, verteidigte früher die Zeremonie. Die Keuschheit der Frauen sei nun mal „der Schatz ihrer Familien“. Insbesondere auf dem Land hält sich zudem hartnäckig die Mär, Sex mit Jungfrauen beuge einer HIV-Infektion vor. Vor wenigen Jahren war der heutige Präsident Zuma zudem noch der Meinung, ein Mann könne der Aids-Gefahr durch Duschen sofort nach dem Geschlechtsverkehr entgehen. Südafrika und dort nicht zuletzt die Region der



Tänzerinnen in Nongoma

Zulus ist eines der Länder mit den weltweit meisten HIV-Infektionen. Rund 18 Prozent der erwachsenen Südafrikaner sollen infiziert, an die 900 000 Menschen 2009 an der Immunschwächekrankheit gestorben sein. Inzwischen engagiert sich die Regierung bei Vorbeugung und Behandlung deutlich stärker.



Netanjahu, Hillary Clinton, Abbas

EUROPA

Kalte Schulter

Eine diplomatische Offensive Israels zur Verbesserung seiner Beziehungen zu den Europäern ist gescheitert. Anders als von der Regierung in Jerusalem erwartet, ist die EU nicht bereit, mit dem jüdischen Staat wirtschaftlich und politisch enger zu kooperieren. Von der Zusammenarbeit erhoffte sich Premier Benjamin Netanjahu etwa Zollfreiheit für weitere israelische Produkte und dadurch bessere Absatzmöglichkeiten auf dem europäischen Binnenmarkt. Doch Brüssel will die Verhandlungen über eine Aufwertung der Beziehungen vorerst nicht wiederaufnehmen – sie waren nach dem Gaza-Krieg im Januar 2009 und der anschließenden Wahl des Hardliners Netanjahu abgebrochen worden. Die Abfuhr in Brüssel ist die Folge einer israelischen Fehlkalkulation. Jerusalem hatte geglaubt, Brüssel würde die Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit den Palästinensern Anfang des Monats in Washington honorieren. Doch während die Regierung Netanjahu das bloße Zusammentreffen des Premiers mit Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas bereits für einen Meilenstein hält, sehen die Europäer die Gespräche mit großer Skepsis. Die Hohe Vertreterin für Außenpolitik, Catherine Ashton, hielt es nicht einmal für nötig, zur Begegnung zwischen Netanjahu und Abbas in die USA zu reisen: Statt symbolischer Gesten fordert die EU reale Fortschritte im Friedensprozess. So verlangten die EU-Außenminister beim Brüsseler Sondergipfel am vergangenen Donnerstag von Israel, den Baustopp für Siedlungen im besetzten Westjordanland über den September hinaus zu verlängern. Das jedoch will Netanjahu bislang nicht.

POLEN

Verhängnisvolle Affäre

Sie sind einander in tiefer Abneigung verbunden: Polens Deutschland-Befragter Wladyslaw Bartoszewski und die deutsche Vertriebenenchefin Erika Steinbach. Als die CDU-Politikerin jetzt dem Auschwitz-Überlebenden und ehemaligen Außenminister einen „schlechten Charakter“ nachsagte, löste sie einen Proteststurm aus. Der Geschmähte jedoch gab sich gelassen: „Ich kenne die Frau gar nicht.“ Diese Kühle ist wohl gespielt. Seit Jahren teilt auch Bartoszewski kräftig aus: Er nannte Steinbach eine „Anti-Polin“ und warf ihr vor, seine Landsleute „nega-

tiv einzuschätzen“. Steinbach, die 1943 als Tochter eines Besatzungssoldaten im polnischen Rumia geboren wurde, sei eine „falsche Vertriebene“. Bartoszewski hatte immer wieder deutlich gemacht, er glaube ihr nicht, wenn sie beteuere, die Vertriebenen seien zuallererst „Opfer der Politik Hitlers“ gewesen, der Polen überfallen ließ. Im Februar 2009 sprach Bartoszewski bei Angela Merkel vor: Die Kanzlerin sollte verhindern, dass Steinbach in den Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gelangt. Ihre Ernennung wäre so, „als ob der Vatikan den Holocaust-Leugner Bischof Williamson zum Bevollmächtigten für die Beziehungen zu Israel machen würde“, hatte er zuvor gesagt. Die Kanzlerin kam dem 88-Jährigen